Nr. 154 16. Jahrg.
Dienstag den 10. Juli 1917

Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46
Fernsprecher 21366
Postscheckkonto Leipzig Nr. 14797

Bezugspreis:
Ausgabe A mit illustr. Beilage vierteljährlich 2.40 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2.52 M; in Oesterreich 5.38 K.
Ausgabe B vierteljährlich 2.10 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2.52 M; in Oesterreich 4.96 K.
Einzel-Nummer 10 ₰.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags.

Anzeigen:
Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm.
Preis für die Petit-Spaltzeile 20 ₰, im Reklameteil 60 ₰.
Für undeutlich geschriebene, sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.
Sprechstunde der Redaktion: 11—12 Uhr vorm.

Einzige katholische Tageszeitung im Königreich Sachsen. Organ der Zentrumspartei.
Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage Feierabend. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Die weitere Entwickelung der innerpolitischen Lage

Die Spannung, die durch die Sitzungen des Hauptausschusses des Reichstages und durch die nachfolgende Preßdebatte im ganzen deutschen Volke hervorgerufen worden ist, besteht fort. Sie wird anhalten, bis das Ergebnis der verschiedenen Besprechungen und Beratungen vorliegt. Der ganze Sonntag wurde im Reichstage von allen Fraktionen eifrig zu Beratungen benutzt, deren Ergebnis in all seinen Teilen naturgemäß nicht vorliegt. Das Hauptaugenmerk richtet sich auf das Zentrum. Hier wird die Frage gelöst, ob für oder gegen Erzberger, oder besser gesagt, ob für einen Verständigungsfrieden oder einen großzügigeren Frieden. Der „Berliner Lokal-Anzeiger" (Nr. 344) weiß über den Sonntagabend zu berichten:

„Am Abend tagte dann die Fraktion des Zentrums, und sie hat sich rückhaltlos hinter ihrem Abgeordneten gestellt. Die Haltung der großen Gruppe der Sozialdemokratie unter Scheidemann war nicht zweifelhaft. So traten denn gestern, Sonntag nachmittag, die Führer des Zentrums, der Nationalliberalen, der fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie nochmals zusammen. Wie ihre Beratungen streng vertraulich waren, wurde auch über das Ergebnis strengstes Stillschweigen bewahrt. Schwierigkeiten soll ihnen weniger die Fassung der Friedensformel als die Frage bereitet haben, inwieweit diese mit den Forderungen für einen freiheitlichen Ausbau des Reiches verquickt werden sollen. Gewisse Strömungen hielten, wie bekannt, die Aufstellung dieser Forderungen für unlösbar mit der Friedensfrage verbunden. Eine endgültige Entscheidung ist erst für heute, Montag nachmittag zu erwarten, weil dann den Parteien die gestern gefaßten Beschlüsse zur eigenen Entscheidung unterbreitet werden. Wie wir hören, haben Zentrum und Sozialdemokratie ihren Vertretern für die gestrigen Verhandlungen Vollmacht gegeben, so daß es sich für diese beiden Parteien heute fast nur noch um eine Berichterstattung über die gestrige Tagung handelt. Die Freisinnigen, die gestern vormittag eine Fraktionssitzung hielten, und die Nationalliberalen hatten eine solche Vollmacht nicht erteilt.

In welcher Richtung sich dieser gemeinsame Schritt der vier Fraktionen bewegen wird, bezeugt uns außerdem nachstehendes Privattelegramm:

Stuttgart, 8. Juli. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Hildenbrand erklärte in einer Versammlung, in der er über die Friedensaussichten sprach, daß die Vorgänge im Hauptausschuß des Reichstages zum ersten Male eine Reichstagsmehrheit für die Auffassung des Krieges als einen Verteidigungskrieg ergeben habe und daß diese Mehrheit jetzt die Regierung zu einer unzweideutigen Erklärung für den Verständigungsfrieden bringen wolle. Daß die Regierung sich dazu bereitfinden werde, bezweifle er nicht, und er wisse, warum er nicht zweifle. Auf alle Fälle habe die sozialdemokratische Fraktion der Regierung keine Zweifel gelassen, daß von ihrer Entscheidung zu dieser Frage wie zu der Frage der Neuorientierung die Stellungnahme der Fraktionen in der Frage der Kreditbewilligung abhängig gemacht werden solle."

Die Richtigkeit der einzelnen Mitteilungen läßt sich allerdings nicht nachprüfen. Ueber die Sitzung des Hauptausschusses vom Montag früh verbreitet das W. T. B. folgenden Bericht:

„Der Hauptausschuß des Reichstages setzte am Montag in Anwesenheit des Reichskanzlers, der Staatssekretäre sowie zahlreicher Mitglieder des Bundesrats und des Reichstages die Besprechung von Fragen der äußeren und inneren Politik fort. Die Beratungen sind wieder streng vertraulich. Die Redner bedauerten alle außerordentlich, daß ein Teil der Presse die Vertraulichkeit der letzten Sitzung nicht geachtet und sehr mißverständliche und unrichtige Berichte veröffentlicht habe. Entgegen den Pressemeldungen wurde heute festgestellt, daß über die Lage eine irgendwie schwankende Auffassung im Reichstage nicht bestehe und bei den Verhandlungen nicht zum Ausdruck gekommen sei. Vielmehr wurde übereinstimmend die Wirksamkeit des U-Boots-Krieges anerkannt, der alle Erwartungen übertroffen habe. Von den Parteien kam heute zunächst ein Redner der Nationalliberalen zu Wort. Nachdem der Reichskanzler sich in längeren Ausführungen über die berührten Fragen geäußert hatte, sprachen sodann je ein Mitglied der Sozialdemokraten und des Zentrums."

Diese Meldung ist nach den heute früh vorliegenden Berichten als leicht gefärbt zu betrachten, denn ganz so soll die Sitzung in ihrer Wirkung nicht gewesen sein. Ueber die Haltung des Zentrums in der ganzen Frage wird aus parlamentarischen Kreisen folgender Bericht verbreitet:

„In der Haushaltungskommission des Reichstages hat der Abg. Erzberger eine Aktion unternommen mit dem Ziel, den Reichstag zu einer Kriegszielerklärung zu veranlassen. Diese ist gedacht als erneutes Bekenntnis zu dem Kriegsprogramm vom 4. August 1914, daß uns nicht Eroberungssucht zu diesem Kriege treibe, sondern daß das deutsche Volk nur zu den Waffen gegriffen hat zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit und zur Wahrung seines territorialen Besitzstandes. Es soll ferner in dieser Erklärung zum Ausdruck kommen, daß das deutsche Volk zu einem Verständigungsfrieden nach wie vor gern bereit ist unter Ablehnung aller Pläne, die auf wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege abzielen. Solange unsere Feinde einen solchen Frieden zurückweisen, wird das deutsche Volk in unerschütterlicher Einigkeit den Krieg mit ungebrochener Energie fortsetzen. Das ist die Tendenz der Erklärung, die Erzberger erstrebt. Erzberger hat von seinem Vorgehen vorher einem Parteifreunde und auch dem Vorstand der Fraktion Mitteilung gemacht. Die Zentrumsfraktion selbst hat am Freitag und Sonnabend sich in langen ernsten Beratungen mit der Frage befaßt und hat schließlich in überwältigender Mehrheit — nur einige Abgeordnete haben sich nicht angeschlossen — beschlossen, die Aktion Erzbergers zu unterstützen und für eine noch zu formulierende Erklärung des Reichstages zu stimmen. Ueber die Wirkung dieser Aktion sei in Kürze noch folgendes mitgeteilt:

1. Seit dem Friedensangebot hat die Entente, nachdem sie dasselbe mit Spott und Hohn zurückgewiesen hat, mit allen Mitteln versucht, die Wirkung des Friedensangebotes auf die Friedensstimmung der Völker zu zerstören. Ein Wust von Lügen und Verleumdungen unter Benutzung eines bestechlichen internationalen Presseapparates hat dazu dienen müssen, die deutschen Kriegszielabsichten zu verlästern, zu entstellen und ins Gegenteil zu verkehren. Dabei ist besonders der Umstand für Deutschland nachteilig gewesen, daß die Kriegszielerklärungen Erklärungen der Regierung waren, die von der Entente hingestellt wurden als ein Machwerk der preußischen Militärkaste, des kaiserlichen Absolutismus u. dergl. Bei der geringen Kenntnis der innerdeutschen Zustände im Auslande ist es nicht zu verwundern, wenn diese Verdächtigungen Glauben gefunden haben. Um diesen Machenschaften endgültig die Spitze abzubrechen, soll nunmehr das deutsche Volk durch den auf Grund des freiesten, demokratischsten Wahlrechts der Welt gewählten Reichstag eine unzweideutige Friedenskundgebung für die deutsche Kriegszielpolitik abgeben. Es wird damit unseren Feinden unzweideutig zum Bewußtsein gebracht, was uns längst selbstverständlich war, daß sie nicht allein mit dem Kaiser, mit den preußischen Junkern, mit der Militärkaste, sondern mit dem ganzen deutschen Volk Krieg führen und daß dieses Volk entschlossen ist, diesen Kampf um Freiheit und Selbständigkeit bis zum letzten Blutstropfen zu führen und alle Beschwernisse und Leiden zu ertragen.

2.) Um die Idee zur vollen Geltung zu bringen, ist es notwendig, daß auch die Regierung sich zu diesem Standpunkt bekennt. Der Reichskanzler hat in der Haushaltskommission unter Hinweis auf seine früheren Aeußerungen bezüglich der Kriegsziele diese Idee an sich akzeptiert. Damit würde es jedoch nicht genug sein. Der Ernst dieser Kundgebung wird nur dann seine volle Würdigung finden, wenn das deutsche Volk durch eine parlamentarische Vertretung verantwortlich an der Regierung mitbeteiligt wird. Es soll damit den nichtswürdigen Versuchen Englands die Spitze abgebrochen werden, seinen Ententefreunden zu suggerieren, daß die deutsche Regierung schließlich doch mache, was sie wolle, und sie sei dem Reichstag nicht verantwortlich. Es wird deshalb die Bildung einer Art Koalitionsministerium vorbereitet, in das führende Parlamentarier aller Parteien eintreten werden. Damit wird die Geschlossenheit und Einigkeit zwischen Volk, Regierung und Kaiser nicht bloß nach außen hin dokumentiert, sondern praktisch verwirklicht und aktionsfähig gestaltet. Vor allem wäre es falsch, das neue System anzusprechen als Uebergang zu einem parlamentarischen Regierungssystem in mechanischer Nachahmung des englischen Vorbildes. Das neue System wird der deutschen Eigenart und dem historischen Werdegang des Reiches unter vollster Wahrung seines bundesstaatlichen Charakters angepaßt.

3.) Die Osterbotschaft des Kaisers bedarf ihrer Erfüllung. Es soll auch dadurch den feindlichen Verdächtigungen die Spitze abgebrochen werden, die besonders in Rußland eine große Rolle spielen, als sei die

Das Neueste vom Tage

Der amtliche deutsche Tagesbericht

(W. T. B. Amtlich.) Großes Hauptquartier, 10. Juli 1917:

Westlicher Kriegsschauplatz

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

In Flandern erreichte der Artilleriekampf an der Küste, im Abschnitt von Ypern und östlich von Wytschaete größere Stärke als in den Vortagen. Ein Vorstoß englischer Infanterie südwestlich von Hollebeke wurde zurückgewiesen. Auch nordöstlich von Messines, bei Lens und Fresnoy sowie nordwestlich von St. Quentin spielten sich Erkundungsgefechte ab.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz:

Längs des Chemin des Dames nahm abends das Feuer an Heftigkeit zu. Nachts wurden Teilangriffe der Franzosen südlich von Courtecon und südöstlich von Cerny abgeschlagen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht:

Keine besonderen Ereignisse.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern:

Bei Riga, Dünaburg und Smorgon hat die Gefechtstätigkeit sich gesteigert.

Bei der

Heeresgruppe des Generaloberst v. Boehm-Ermolli

blieben die Russen zwischen Strypa und Dnjestr ziemlich untätig. Unternehmungen unserer Sturmtrupps brachten an mehreren Stellen Gewinn an Gefangenen und Beute. Nach Abschluß der Kämpfe, die sich gestern nordwestlich von Stanislau entwickelten, wurden unsere Truppen hinter den Unterlauf des Lukowica-Baches zurückgenommen.

Im Bereiche der anderen Armeen keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front:

Die Lage ist unverändert.

Im Monat Juni war das Ergebnis der Kämpfe gegen die feindlichen Luftstreitkräfte gut. Unsere Gegner haben 220 Flugzeuge und 33 Fesselballons durch Einwirkung unserer Waffen verloren. Von den Flug-Abwehrkanonen wurden 60 feindliche Flieger abgeschossen. Der Rest wurde in Luftkämpfen zum Absturz gebracht.

Unser Verlust beträgt 58 Flugzeuge und 3 Fesselballons.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Preußischer Kronrat

wtb. Berlin, 9. Juli. Amtlich. Heute nachmittag hat unter dem Vorsitz Sr. Majestät des Kaisers und Königs im Reichskanzlerpalais eine Sitzung des Kronrates stattgefunden, an der außer den preußischen Staatsministern auch die Staatssekretäre der Reichsämter teilnahmen.

Die Unterseebootbeute im Juni

wtb. Berlin, 9. Juli. (Amtlich.) **Durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte ist nach den eingegangenen Meldungen im Monat Juni an Handelsschiffsraum über eine Million Bruttoregistertonnen versenkt worden.**

Diese Erfolge des Unterseebootkrieges rechtfertigen volles Vertrauen in die unausbleibliche und entscheidende Wirkung auf unsere Gegner.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19170710/1